

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

71 (11.3.1920) Erstes und Zweites Blatt



**Verlagspreis:**  
In Karlsruhe frei ins Haus  
geleitet monatlich 2,40 Mk.,  
vierteljährlich 7,20 Mk., an  
den Ausgabestellen abgeholt  
monatlich 2,30 Mk.,  
vierteljährlich 6,90 Mk., durch  
den Briefträger frei ins  
Haus gebracht monatlich  
2,65 Mk., vierteljährlich 7,95 Mk.

Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Kaiserstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

**Abgabe:**  
Die Abgabe von Anzeigen  
oder deren Namen in  
Kleinanzeigen 2—30, an  
einer Stelle 2—30, an  
vielen nach Tarif.  
Anzeigenannahme  
bis 12 Uhr mittags,  
kleinere Anzeigen später  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Berufverhandlungen:  
Geschäftsstelle Nr. 203,  
Kaiserstr. 207,  
Schriftl. u. a. Nr. 20.949

Verantwortlich für Politik: Martin Holzner; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Wenzel; für Sport: Carl Geysser und Hermann Weid; für Literatur: Paul Lammann; Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Deinrich, Friedemann, Regentstraße 65/66, Teleph. Amt 116land 2902. Für unentgeltliche Manuskript- oder Druckfaden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist.

117. Jahrg. Nr. 71.

Donnerstag, den 11. März 1920

Erstes Blatt.

## Zum neuen Wahlgesetz.

Vom

Stadtrat und Rechtsanwalt Dr. Dieck  
in Karlsruhe.

Aus den Ausführungen von Friedrich Payer und P. Fabricius im „Tagblatt“ vom 28. Februar d. J. Nr. 59 und vom 7. März 1920 Nr. 67 ist ersichtlich, daß auch von anderer Seite die Bedenken geltend gemacht werden gegen die Vorschläge A, B und C der Regierung zur Ausführung des automatischen Wahlsystems zur Reichstagswahl. Diefelben komplizieren das an sich so einfache automatische System in ganz unnötiger Weise, und insbesondere kann sich die vorgesehene „Reichswahlvorschlagsliste“ neben den einzelnen Wahlkreisen- und Verbandswahlkreislösungen sehr leicht zu einem „salon des refusés“ auswachsen. Es darf gegenüber diesen Komplikationen auch an dieser Stelle auf den schon anderweit erörterten Gegenorschlag D hingewiesen werden. Dieser geht dahin:

1. In jedem Wahlkreis wird von jeder Partei oder Wählergruppe nur ein Kandidat aufgestellt. Mehrfache Aufstellung desselben Kandidaten in verschiedenen Kreisen ist zulässig.  
2. Die auf die Einzelkandidaten entfallenden Stimmen jeder Partei oder Wählergruppe werden durch das ganze Reich zusammengezählt, und jede Partei oder Wählergruppe erhält für je 60 000 gültige Stimmen je einen Abgeordneten.  
3. Als gewählt gelten der Reihenfolge nach jene Abgeordneten der betreffenden Partei, die auf ihren Namen in einem Wahlkreis oder mehreren Wahlkreisen zusammen die meisten Stimmen erhalten haben.  
Mit diesem Gegenorschlag D, der das automatische System am ursprünglichsten zum Ausdruck bringt, und der auch dem ursprünglichen badischen Verfassungsentwurf zugrunde lag, werden alle Schwierigkeiten restlos beseitigt:

Die allenthalben als mäßig empfundene Listenwahl wird wieder durch die Einzelkandidatur ersetzt, die es jeder Partei ermöglicht, in jedem Wahlkreis die für diesen besonders geeignete Persönlichkeit aufzustellen. Es wird aber auch großen und kleinen Parteien ermöglicht, dieselbe zugräftige Persönlichkeit auch noch in anderen Kreisen aufzustellen, um die letzten Stimmen herauszuholen. Es fallen für alle Parteien alle Spitzen bis auf je eine weg, bezüglich deren etwa, wie in Baden vorgegeben, bei bestimmter Höhe (75 Prozent?) noch ein Mandat gewährt werden könnte, und es erscheinen in jeder Partei die Kandidaten ohne weiteres als gewählt in der Reihenfolge, wie die Wählerstimmen auf ihren Namen erhalten haben. Alle Verrechnung und Uebertragung auf Reichs- oder Verbandswahlvorschläge wird überflüssig.

Die Wahlkreise erscheinen lediglich als Zählbezirke, weil durch das ganze Reich durchgezählt wird. Man könnte also zur Not sogar die bisherigen Wahlbezirke beibehalten, wenn es auch erwünscht wäre, bei dieser Gelegenheit die Wahlbezirke einander wenigstens einigermaßen hinsichtlich der Zahl der Wahlberechtigten anzugleichen. Eine „Wahlkreisgeometrie“ im alten Sinne ist vollständig ausgeschlossen, da die mit der Vergleichbarkeit der Wahlkreise noch verbundenen nachteiligen Umstände alle Parteien allmählich treffen.

Das System läßt sich ohne weiteres auch für die Listenwahlen anwenden, wenn man diese durchaus erhalten will; auch dann werden die für den einzelnen Wahlbezirk sich ergebenden Spitzen durch das ganze Reich addiert, und es erscheinen als Spitzenmandatäre von jeder Liste gewählt, jene Kandidaten — je einer von jeder Liste, — deren Listen die größten Spitzenzahlen gehabt hatten.

Auch mit dem System der Verbandswahlen (Provinzial- oder Landeswahlen) läßt sich das System, wenn man eine derartige Zwischeninstanz wünscht, bequem verbinden, indem man die Spitzen zunächst nur in jedem Provinzial- oder Landesverband ihre Berücksichtigung finden läßt, die dann aber noch verbleibenden Provinzialspitzen für das Reich addiert und jenen Provinzen oder Ländern, in denen die Restsumme die größte war, zugut bringt.

Das Einfachste und für alle Parteien praktikable ist und bleibt aber unter allen Umständen das System der Einzelkandidaturen.

Es darf vielleicht erwähnt werden, daß ein so hervorragender Kenner staatsrechtlicher Fragen, wie der Schöpfer der Reichsverfassung, Reichsminister a. D. Dr. Preuß, obwohl er persönlich die Vorliebe für Einzelwahlkreise und die Abneigung gegen das Listensystem nicht teilt, dem Gegenorschlag D als Vorzüge zu schreibt: „Wesentliche Vereinfachung, wirkliche Durchdringung durch das ganze Reich und vor allem Einfluß der Wählerkraft auf die Reihenfolge der Kandidaten“, und daß auch ein so hervorragender Theoretiker, wie Karl Lauts in dem Gegenorschlag D, „eine sehr glückliche Kombination des Proporz mit der Einzelkandidatur, die die guten Seiten beider Systeme vereinigt und ihre Schattenseiten beseitigt“, sieht.

Vielleicht entschließt sich die Reichsregierung doch noch, nachdem sie aus der badischen Ver-

fassung das automatische System übernommen hat auch bezüglich seiner Durchführung auf den ursprünglichen badischen Entwurf, wie er in dem Gegenorschlag D vorliegt, zurückzugehen und dadurch die ohne Not geschaffenen Komplikationen der Vorschläge A, B und C zu beseitigen, oder es finden sich in den verschiedenen

## Deutsche Wirtschaftsangelegenheiten.

Der Segen des Achttages.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)  
C. Dresden, 10. März. Die Einführung des Achttages habe im Weltkrieg-Luauer Kohlenrevier eine so starke Zunahme der Kohlenförderung zur Folge, daß die sächsischen Staatsbahnen nicht imstande sind, die Kohlen abzuführen. Der Arbeitsminister verhandelte heute mit der Eisenbahnverwaltung um andere Maßnahmen.

Gesetzliche Ferien für die Arbeiter.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)  
C. Dresden, 10. März. Die Reichsregierung hat die Regierung zu eruchen, bei der Reichsregierung auf die gesetzliche Einführung von jährlich mindestens sechs hinter einander liegenden Ferientagen für die deutschen Arbeiter hinzuwirken. Ein noch weiter gehender Antrag, diese Ferientage auch zu bezahlen, wurde abgelehnt.

Ein beachtenswerter Vorschlag.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 10. März. (Wolff.) An der Aufforderung der Wiedergutmachungskommission, die im neutralen Ausland untergebracht deutschen Kapitalien für die Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen zu verwenden, bemerkt die „Deutsche Wirt.“: Diese Aufforderung wäre sehr zu beachten, wenn die deutsche Regierung über die in das neutrale Ausland abgewanderten Kapitalien das volle Verfügungsrecht besäße. Über ohne die lästige Hilfe des neutralen Auslandes könne über die Kapitalien sehr wenig verfügt werden.

Die Schadenersatz-Milliarden.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. London, 10. März. Die „Times“ melden aus Paris: Die neuen Verhandlungen der Wiedergutmachungskommission, die seit Donnerstag voriger Woche stattfinden, haben den ausgesprochenen Zweck, die Gesamtsumme der Schadenersatzforderungen an Deutschland auf 120—130 Milliarden herabzusetzen.

Zur Revision des Versailler Vertrags.

(Eigener Drahtbericht.)  
Amsterdam, 9. März. Die „Times“ melden aus Washington, daß eine Milderung der strengen wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in den Vereinigten Staaten allgemeine Zustimmung finden würde. Die „New York World“ schreibt, ein armes Deutschland würde eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe für seine Nachbarn bedeuten.

Die Rheinlandfrage.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 10. März. (Wolff.) Das preussische Staatsministerium beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung in mehrstündiger Aussprache mit der Rheinlandfrage. Als Unterlage diente in der Hauptsache die Denkschrift, die unter der Mitwirkung aller an der Rheinlandfrage der preussischen Minister beteiligten Reichsminister fertiggestellt worden ist. Im Zusammenhang damit wurden die Verhältnisse in Eupen und Malmedy erörtert. Uebernehmend wurde die Notwendigkeit anerkannt, dahin zu wirken, daß die Form der Abtunnung dergestalt geändert werde, daß eine wirklich uneinklinkte Abtunnung der Bevölkerung ermöglicht wird. Das Staatsministerium erklärte ferner seine Bereitwilligkeit, alle verfügbaren Mittel und Kräfte für die Unterbindung jener Kreise und Regionen einzusetzen, die in Eupen und Malmedy durch das Verkenntnis zum Deutschen Schaden erleiden.

Amerika und der Völkerbund.

(Eigener Drahtbericht.)  
Washington, 10. März. (Savas.) In einem Schreiben an Senator Hitchcock erklärte Präsident Wilson, er stelle sich nur den Vorbehalten entgegen, die tatsächlich Artikel des Friedensvertrages annullierten. Amerika müsse entweder dem Völkerbund ernstlich beitreten oder sich so würdig wie möglich von ihm zurückziehen.

Washington, 10. März. (Savas.) Drahtbericht. (Savas.) Wilson schickte sein Schreiben an den Senator Hitchcock mit der Bemerkung, die Verantwortung für die Vereinigten Staaten als Nation sei jetzt riesenarbig, und wenn er Gelegenheit hätte, würde er alle, die es annehme, bitten, die Krone des Beitritts zum Völkerbund mehr von dem Gesichtspunkte zu erwägen, wie es möglich sei, die Anwesenheit für die Menschheit an diesem Ende zu führen, als vom Gesichtspunkte eigener nationaler Interessen.

Regierungsteifen.

Die ungarische Kabinettskriste.  
(Eigener Drahtbericht.)  
Budapest, 10. März. (Wolff.) Der Reichsverweser hat den bisherigen Ministerpräsidenten Siffart

Parteien Reichstagsabgeordnete auf diesem Boden zusammen, da an der möglichste einfaches und unkompliziertes Durchführung des automatischen Wahlsystems alle Parteien das gleiche Interesse haben.

mit der Neubildung des Kabinetts be-  
traut. Siffart eruchte den Reichsverweser, er möge  
an der Ansicht einmütig leitender Politiker hören.

Italienische Kabinettskriste.  
(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 10. März. (Wolff.) Nach einer Savas-  
Meldung aus Rom wird in den Wandbelgän-  
gen des Monte Vittorio bestätigt, daß Schatz-  
minister Schanzer, Landwirtschaftsminister  
Feschi und Industrieminister Dante-Per-  
rari ihre Entlassung eingereicht hatten. Ueber  
die Lösung der Krise verläutet nichts Be-  
stimmtes.

Die Kabinettskriste in Schweden.

Kopenhagen, 10. März. „Nationaltidende“ mel-  
det aus Stockholm: Der Sozialistenführer Bran-  
tina wurde gestern vormittag vom König emp-  
fangen und erwidert, die Bildung des neuen  
Ministeriums zu übernehmen. Abends ver-  
sammelte sich die sozialdemokratische Parteileitung  
im Reichstagsgebäude, um die politische Lage zu  
erörtern.

Stockholm, 10. März. (Wolff.) Branting hat  
die Kabinettsbildung übernommen.

Die Krise in Portugal.

(Eigener Drahtbericht.)  
Amsterdam, 10. März. Neuer meldet aus  
Madrid, daß nach dem Bericht des spanischen  
Gesandten in Lissabon die portugiesische Regie-  
rung die Elektrifizierungsentwürfe mit Beschlag be-  
legt hat. Die Arbeit wird durch Marinepersonal  
verrichtet. Der vormalige Kriegsminister  
Oberst Vattia hat den Auftrag, ein neues  
Kabinet zu bilden, angenommen. Javier de  
Silva soll Minister des Äußeren werden. Die  
Lage ist schwierig. Es herrscht Ruhe.

Streikbewegungen.

Der Bergarbeiterstreik im Ostrauer Revier.

Braa, 10. März. Das Köschel-Revier, Preßbüro  
meldet über den Streik im Ostrauer Revier: Es  
streiken ungefähr 70 Prozent der Bergarbeiter,  
das sind etwa 35 000 Bergleute. Die Bergarbeiter  
der einzelnen Revier sollen von Schacht zu Schacht  
ziehen, und es ereignen sich nationale Streiks. Auf  
mehreren Gruben im Südkaroliner Gebiet sind par-  
tialisierende Unruhen ausbrochen.

Drohender Landarbeiterstreik in Finnland.

(Eigener Drahtbericht.)  
Helsingfors, 10. März. (Wolff.) In Finnland  
droht ein allgemeiner Landarbeiterstreik in-  
folge revolutionärer Forderungen unter den  
Landarbeitern auszubrochen.

Die Streikbewegung in Italien.

Mailand, 10. März. Nach den Blättern hat der  
Ausstand im Gebiet von Novara einen erbitter-  
ten Charakter angenommen. Alle Arbeiter ha-  
ben sich mit den Landarbeitern solidarisch er-  
klärt. Alle Landarbeiten, besonders auch  
die Pflanzarbeiten, wurden eingestellt. Es  
kam auch zu Zusammenstößen.

Mailand, 10. März. Der „Corriere della Sera“  
berichtet eine neue Bewegung unter den See-  
leuten. In Genua wurde das Schiff „America“  
zurückgehalten, als es abfuhr unter Dampf  
hinaus. In Bari sind die Hafenarbeiter in  
den Ausstand getreten.

Der Bergarbeiterstreik in Frankreich.

Paris, 10. März. Der Arbeitsminister beab-  
sichtigt infolge des Bergarbeiterstreiks in  
den Departements Nord und Pas de Calais,  
der eine neue Kohlenkrise heraufbeschworen  
hat, eine ernsthafte Beschränkung des  
Reisenderverkehrs eintreten zu lassen.  
Der Reiserverkehr soll auf ein Drittel herabgesetzt  
werden, jedoch läßt der Minister den Gesell-  
schaften die Freiheit, den Bedürfnissen der ein-  
zelnen Linien Rechnung zu tragen.

Textilarbeiterstreik in Lille.

Paris, 10. März. Wie der „Matin“ aus Lille  
meldet, haben die Delegierten der Textilarbeiter-  
syndikate für Donnerstag morgen den Streik-  
befehl gegeben, der 60 000 Textilarbeiter  
umfaßt.

Maßnahmen zur Verhütung von Streiks  
in Frankreich.

Paris, 10. März. Laut „Antragskassant“ hat  
der Handelsminister heute der Kammer den Ge-  
setzentwurf über eine gültige Regelung von  
Streiks zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern  
vorgelegt. Danach darf in keinem Handels-, Indus-  
trie- und landwirtschaftlichen Betriebe die Arbeit  
niedergelegt werden, bevor nicht in einem genau um-  
schriebenen Verfahren Einigungsverhandlungen statt-  
gefunden haben, die mit einem Schiedspruch  
endigen müssen. Geld- und Freiheitsstrafen sind  
vorgesehen.

## Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

in Berlin, 10. März.

Präsident Rechenbach eröffnete die Sitzung 120  
Uhr und teilt mit, daß er anlässlich der am Sonn-  
tag bevorstehenden Abstimmung in der zweiten  
Kone in Schleswig in Uebereinstimmung mit den  
Vorsitzenden an die dortige Presse ein Telegramm  
geschickt habe des Inhalts, daß die Nationalver-  
sammlung in Schleswig am Sonntag den  
deutschen Väter in warmen Worten grüße.  
Was deutsch sei, müsse deutsch bleiben. Möge der  
14. März die Entscheidung bringen, die Deutschland  
außerordentlich erwarte.  
Es folgte die dritte Lesung des Entwurfs  
eines

Reichseinkommensteuergesetzes.

Au § 12 wird ein Antrag Dr. Lunda (Dem.)  
angenommen, wonach bei einem Erwerb von Grund-  
stücken vor dem 1. August 1914 die zehnjährige Frist  
als erfüllt gilt.

Am 13. entfällt sich eine längere Beratung  
über die Anträge Arnstadt, die für Betriebe  
notwendigen Rückstellungen als abziehbar von den  
Einkünften festzusetzen und ebenso einen Teil der  
Beträge für Kulturfördernde, mildtätige, gemein-  
nützige und politische Vereinigungen.

Unterstaatssekretär Moske bittet, die Anträge  
abzulehnen wegen der Notlage des Reiches, trotzdem  
manches für sie breche.

Bei der Abstimmung ist Sammelstimme notwendig.  
Auf Antrag der Unabhängigen wird besonders ab-  
gelehnt über das Freibleiben von Beträgen  
an Kulturfördernde, mildtätige und gemeinnützige  
Vereinigungen. Für diesen Antrag stimmen 117  
Abgeordnete, dagegen 104. Der Antrag wird an-  
genommen.

Der Antrag, der sich auf politische Vereini-  
gungen bezieht, wird ebenfalls angenommen. Der  
Antrag wegen der Rückstellungen wird abgelehnt.

Weitere Paragraphen werden mit geringen Ände-  
rungen in der Abstimmung der zweiten Lesung an-  
genommen.

Au § 23 (Waldnutzungen) wird auf An-  
trag Gruber (Soa.) Absatz 1 der Reinertrags-  
vorläufe gestrichen.

Der Rest des Gesetzes wird ohne wesentliche Än-  
derungen angenommen. (Gesamtstimmzähler  
morgen.)

Dritte Beratung des Entwurfs eines Kabinetts-  
entscheidungsprotokolls.

Abg. Richter (Deutsche Volksp.) Wir müssen den  
ungeheuren Steuerbedarf des Reiches berücksichtigen,  
und deshalb werden wir trotz schwerer Bedenken für  
das Gesetz stimmen.

Au § 3: Befreiungen von der Steuer, beantragt  
Abg. Realer (Dem.) einen Zusatz, wonach aus öffent-  
lich-rechtlichen Berufsverhältnissen, deren Zweck nicht  
auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet  
ist, befreit werden.

Der Antrag wird angenommen.

Weitere Absätze des § 3 wird nach gemeinsamen  
Anträgen der Mehrheitspartei eine abgeänderte Fas-  
sion angesetzt.

Der Rest des Gesetzes wird mit unwesentlichen  
Änderungen angenommen.

Ebenso das Gesetz in der Gesamtstimmzähler.

Die zweite Beratung des

Körperschaftsteuergesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Gruber (Soa.) beantragt in § 10 eine Be-  
steuerung der toten Hand.

Unterstaatssekretär Moske und eine Reihe von Ab-  
geordneten brechen dagegen.

Der Antrag Gruber wird in namentlicher Abstimm-  
ung mit 129 gegen 96 Stimmen bei 7 Stimmen-  
enthaltungen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird mit einigen Änderun-  
gen gemäß den Anträgen der Mehrheitspartei an-  
genommen.

Morgen 1 Uhr: Anleihenlotterie, Reichseinkom-  
mensteuer, Landessteuergesetze usw.

Schluss nach 6 Uhr.

## Der Uebergang der badischen Eisenbahnen aus Reich.

Beratung des Staatsvertrags in Haushalts-

ausschuss des Badischen Landtags.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Wie der Minister mitteilte, im Staatshaus-  
haltsausschuss wird sich bereits am nächsten  
Samstag der Reichsrat mit dem Vertrag über die  
Verreichung der Bahnen beschäftigen,  
nachdem bisher nur die beiden vertragsschließenden  
Staaten in Verhandlungen gestanden haben. Wenn  
auch diese Beratung noch keine Entscheidung in sich  
schließt, erscheint es doch sehr wünschenswert, daß  
der Landtag dem Vertreter Baden seine speziellen  
Wünsche und Forderungen als Anstrichung mitteilt.  
Wenn auch diese übermäßige Eile als eine Verach-  
tung der Einzelstände und eine  
vollständige Zusammenfassung der Wünsche in so  
kurzer Zeit für unmöglich erklärt wird, acht der  
Anschluß auf die Veräußerung der Bahnen  
bedingender Anträge handelt, die bisher keine Berücksichtigung  
gefunden haben, die aber keineswegs schon  
anzugeben sind. Der Vertrag verpflichtet das Reich,  
die von den Ländern begonnenen Bauten fortzu-  
führen, kürzt aber sofort diese Verpflichtung da-  
rauf ein, daß das Reich in unänderlicher Weise  
fortbetreibt und nicht Rückfragen auf die wirtschaft-  
liche Lage der Reichseisenbahnen, also finanzielle  
Schwierigkeiten, entgegenstellt. Bei Meinungs-  
verschiedenheiten ist eine Entscheidung des Staats-  
gerichtshofes vorgesehen. Das Reich will sich also,  
wie der Regierungsvorsteher hervorhebt, die bisher  
auch nicht, sein Verhalten unbedingt vorarbeiten  
lassen, um so mehr geht, worin alle Parteien über-  
einstimmen, das Interesse des Landes dahin, eine

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.



Sicherung für Fortführung des Besonnenen zu...

Als begonnen gelten die Strecken, an denen schon der erste Spatenstich geschah, was eine selbstverständliche Aufforderung in sich schließt, die ersten Arbeiten an den bereits beschlossenen und im Etat eingetragenen Linien sofort in Angriff zu nehmen.

Der Bau einer neuen Bahn der Länder ist durch die Reichsverfassung für alle Zukunft ausgeschlossen, nur die Streckenbahnen unterliegen auch fortan ihrer Kontrolle.

Darüber hinausgehend wünscht der Vertreter einer großen Partei eine Verwirklichung der obersten Leiter der Reichsverwaltung, auch dem Landtag...

Weitergehende Wünsche äußert der Ausschuss in Uebereinstimmung mit der Regierung auf dem Gebiet des Bergbauwesens im Sinne einer ausreichenden Berücksichtigung der heimischen Industrie.

Vergabungen ist eine gleichmäßige Behandlung der Unternehmer im gesamten Reichsgebiet vorzuziehen. Außerdem enthält der Vertrag die Zusage, daß Industrie, Handwerk und Handel in der gleichen Weise wie es bisher die Verwaltungen der Länder getan haben, herangezogen werden sollen.

Badischer Landtag.

Eine interessante Kultusdebatte.

Die deutsche Volkstümlichkeit des Landtags wurde nach Eröffnung der Eintragsperiode durch eine Erklärung des Zentrumsausschusses im Reichstag, der sich wegen Todesfalls an der Teilnahme der Dienstleistungen verweigert gesehen und habe daher beim Aufbruch seines Namens nicht anwesend sein können.

Dann begann die Einzelberatung des 7. Nachtrags zum Staatsbudget für die Jahre 1918/19. Bei der Haushaltsabteilung II: Ministerium der Kultus wurde auch das Gesetz der Vereinigung Badischer Kultusministerien...

Die Vereinigung der Kultusministerien ist ein wichtiger Punkt, der die Einheit der Verwaltung und die Förderung der Kultur in Baden sicherstellt. Die Debatte um die Kultusdebatte im Landtag zeigt die Bedeutung dieser Aufgabe für die Bevölkerung.

Der Kultusminister Summler hat in seiner Rede die Wichtigkeit der Kultusministerien für die geistige Entwicklung des Landes betont und auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der verschiedenen Ministerien hingewiesen.

Die Kultusministerien sind für die Erhaltung und Förderung der Kultur in Baden von größter Bedeutung. Die Debatte im Landtag zeigt die Unterstützung der Bevölkerung für diese Aufgabe.

Badisches Landestheater.

Macbeth von Shakespeare.

Nach einem halben Jahre eines fast humoristisch bis fast grotesken, am Ende jedoch betrüblich dreistyligen Spielplans erscheint endlich das erste Shakespeare-drama. Und zwar hat der Intendant, Stanislaus Fuchs, sich dessen Neuentdeckung vorbehalten.

Was die Aufführung des „Macbeth“ schon Fundat, wurde in der Darstellung der Macbethtragedie bestätigt und bekräftigt, das nämlich, daß unsern Landestheater-Intendanten für die äußere Inangenehm, ein ganz außerordentliches Geschick, Verständnis, Entschlossenheit, Durchdringung, Beherrschung von starken Wirkungen eignet.

Theater und Musik.

Margarete Schweifert wird nicht wenig über...

Margarete Schweifert wird nicht wenig überreicht gewesen sein über ihren Erfolg beim Putsch am ihrem Abend am Dienstag im „Eintragsaal“, der sie als Komponistin bekannt machte; und sie wird Augen machen, wenn sogar die Kritik sich rückwärts wendet für ihre Arbeiten, für die etwa 20 Wieder, ausbricht, die hier gelungenen wurden.

Der äußere Verlauf der Vorstellung von „Macbeth“ befriedigte durchaus. Die Bescheidenheit, um den abgeklärtesten Ausdruck „Ergebnis“ zu vermeiden, ist eine überragende Persönlichkeit gebundene Leistung. Sieben jedoch aus. Das mag aber nicht zuletzt an mir, dem Berichterstatter liegen, der von der Darstellung des höchsten Dramas stets zur Lektüre mit ihren heimlichen und unbeschreiblichen Worten zurückblickte.

Theater und Musik.

Margarete Schweifert wird nicht wenig über...

Margarete Schweifert wird nicht wenig überreicht gewesen sein über ihren Erfolg beim Putsch am ihrem Abend am Dienstag im „Eintragsaal“, der sie als Komponistin bekannt machte; und sie wird Augen machen, wenn sogar die Kritik sich rückwärts wendet für ihre Arbeiten, für die etwa 20 Wieder, ausbricht, die hier gelungenen wurden.

Der äußere Verlauf der Vorstellung von „Macbeth“ befriedigte durchaus. Die Bescheidenheit, um den abgeklärtesten Ausdruck „Ergebnis“ zu vermeiden, ist eine überragende Persönlichkeit gebundene Leistung. Sieben jedoch aus. Das mag aber nicht zuletzt an mir, dem Berichterstatter liegen, der von der Darstellung des höchsten Dramas stets zur Lektüre mit ihren heimlichen und unbeschreiblichen Worten zurückblickte.

Staat bisher gestanden ist, so lange seine Unbeständigkeit nicht erwieben ist; im übrigen ist es selbstverständlich, daß bei der endgültigen finanziellen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche mit angemessenem Verständnis und dem Willen einer friedlichen Auseinandersetzung verfahren werden muß.

Die Rede des Ministers Summler hinterließ im Hause einen starken Eindruck. Der Redner der demokratischen Fraktion, der Abgeordnete Fuchs, charakterisierte in Unterwürdigkeit, bemerkt bei der berechtigten Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche werde man sich am besten auf einen Vergleich einlassen.

Die Natur und unauflöslich stehender Empfindung, die ohne weiteres zu bejahen sind. In niedrigeren großen Mäßen dann reißt sie unmittelbar zum Stern hin, deutet eine kleine, aber sofort entscheidende Wendung, ich darf schon sagen, von konventionellen Elementen heraus und schließt die erforderte Einheit zwischen dem Gehalt von Wort und dem Ton, der ihr original eigen ist.























